

Orientierungshilfe zum Gesundheitswesen

Positionspapier Arbeitsgruppe «Gesundheit, Gesellschaft, Familie, Soziales»

Grundsätzliches:

Das Gesundheitswesen ist eine Verbundaufgabe zwischen Bund und Kantonen sowie, für die ambulante Gesundheitsvorsorge und den Pflegebereich, zusätzlich mit den Gemeinden. Basis bildet das Krankenversicherungsgesetz KVG CH, in Kraft seit 01.01.1996. Ein Gesundheitsgesetz auf *Bundesebene* besteht nicht.

Für den Vollzug im Kanton gilt, neben dem Gesundheitsgesetz Thurgau, das KVG TG (revidiert 01.01.2014), die Verordnung zum KVG sowie zusätzliche Erlasse wie die Spital- und Pflegeheimplanung.

Das Gesundheitswesen ist sowohl von der nationalen wie der kantonalen Politik geprägt. Die Politik wird von der Gesellschaft mit ihrer Anspruchshaltung an eine hohe Versorgungsqualität und Versorgungsdichte sowie den Leistungserbringern, jeweils ambulant wie stationär, den Versicherern und der Pharmaindustrie beeinflusst. Die demographische Entwicklung ihrerseits hat einen zusätzlichen Einfluss auf die Versorgungsansprüche und die Kostenentwicklung.

Der Kanton verfügt über zwei moderne Kantonsspitäler und renommierte Spezialkliniken sowie ein gut ausgebautes Spitzennetz.

Sorgenthema sind die gestiegenen und weiterhin steigenden Krankenkassenprämien, welche für das Haushaltsbudget der Bürgerinnen und Bürger immer belastender sind. Ein Ende scheint nicht in Sicht.

Mitentscheidend ist dabei auch die Bevölkerungsstruktur eines Kantons. Hohe Pendleranteile führen zu mehr ausserkantonalen Arztbesuchen und Spitalaufenthalten und haben damit Einfluss auf die Versicherungstarife im Wohnkanton.

Noch zu wenig bewusst ist das Problem der zunehmenden Fachkräfte- und Nachwuchskrätemängel v.a. im ärztlichen Bereich. Hier weisen der Kanton TG und die Ostschweiz aufgrund der tieferen Taxpunktwerte im ambulanten Bereich zusätzlich einen Standortnachteil auf, da die gleiche Arbeit bis zu 15% schlechter entlohnt wird.

Das Gesundheitswesen ist auf allen Ebenen sehr komplex, da viele Akteure (Leistungsbezüger, Leistungserbringer, Versicherer, Pharmaindustrie, Politik usw.) daran beteiligt sind.

Als Grundsätze gelten:

Wir alle sind Teil des Gesundheitssystems und somit auch der Gesundheitskosten. Jedes Individuum ist für seine Gesundheit mitverantwortlich – keine Versicherung und kein Arzt kann uns diese Verantwortung abnehmen. Eine starke Grundversorgung hilft, Kosten zu sparen.

Aktuelle Themen in der Gesundheitspolitik

1. Volksinitiative für eine starke Pflege (Pflegeinitiative) sowie indirekter Gegenvorschlag
2. Franchisen
3. Einheitliche Finanzierung ambulant und stationär (EFAS)
4. Zwei Volksbegehren in Sammelphase:
 - > CVP-Initiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen» (Gesundheitskosten müssen der Lohnentwicklung folgen)
 - > SP-Initiative «Für bezahlbare Prämien – maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien» (Prämien-Entlastungs-Initiative)

Standpunkte

- 1. Fördern des Vertrauensverhältnisses zwischen Arzt und Patientinnen und Patienten**
 - > Ziel: weniger Drehtürpatienten, Abnahme von Dr. Google
- 2. Zusammenarbeit zwischen den Akteuren verbessern**
 - > Arzt, Apotheker, Spitäler; Spitex sowie Patientinnen und Patienten und Versicherer
- 3. Franchisen**
 - > Automatische Erhöhung der Minimalfranchisen in 50-Franken-Schritten gemäss Kostenentwicklung
 - > Drei-Jahres-Vertrag bei Wahl einer Wahlfranchise
- 4. Die Versicherer sind in die Pflicht zu nehmen**
 - > Reduktion des Administrativaufwandes
- 5. Wieder mehr Eigenverantwortung bei Patienten einfordern**
 - > Verhalten der Patienten/Gesellschaft
 - > Franchisen Anpassung (sh. Punkt 3)
 - > Depotleistung bei Beanspruchung des Spital-Notfalldienstes ist zu unterstützen
- 6. Fachkräfte fördern**
 - > Berufsbild/Berufsimage stärken
 - > Schaffen von attraktiven Arbeitsbedingungen
 - > Interprofessionalität fördern und stärken (Zusammenarbeit)

Arbeitsgruppe «Gesundheit, Gesellschaft, Familie, Soziales» (GGFS), 13. Januar 2020
Bruno Lüscher, Präsident